



Présidence du Conseil d'Etat
Chancellerie - IVS

Präsidium des Staatsrates
Kanzlei - IVS

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Schlussfolgerungen: Maurice Tornay

Geschätzte Damen und Herren

Wie Sie bereits gehört haben, wehren sich der Staatsrat des Kantons Wallis und der Verband der Walliser Gemeinden vehement gegen diese Initiative.

Das fundamentale Prinzip des Föderalismus ist in unserer Verfassung verankert. So haben einige Kantone die Erbschaftssteuer abgeschafft, andere halten daran fest und wieder andere haben beschlossen, die Vermögenssteuer massiv zu reduzieren.

Die Kompetenz der Kantone, Steuern zu erheben, ist ein Eckpfeiler des schweizerischen Föderalismus. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben daher die Pflicht, die Finanzautonomie der Kantone zu bewahren, damit diese über die nötigen Mittel verfügen, um ihre Aufgaben selbstständig erfüllen zu können.

Im Namen der eidgenössischen Solidarität muss die Besteuerung nach dem Aufwand erhalten bleiben. Jeder Kanton der Schweiz versucht, auf unterschiedliche Weise Reichtum auf seinem Territorium zu generieren. Jeder Kanton soll weiterhin seine besten Trümpfe einsetzen können. In einigen Kantonen haben sich zahlreiche Industrien angesiedelt, andere wie die Alpenkantone haben sich zu Tourismuszentren entwickelt.

Die Reform der Besteuerung nach dem Aufwand, wie sie von den eidgenössischen Räten beschlossen wurde, respektiert die Autonomie der Kantone, weil jeder Kanton, dem Steuerharmonisierungsgesetz und den kantonalen Besonderheiten entsprechend, die Steuerbemessungsgrundlage selber festsetzen kann.

Der Bund, die Kantone, die Gemeinden und die Sozialversicherungen brauchen Einnahmen, um den Wohlstand der Bürger zu gewährleisten (Bildung, Gesundheit, Alterspflege, Verkehrswege usw.).

Diese Initiative anzunehmen, bedeutet den öffentlichen Haushalten die für die Erfüllung der Aufgaben im allgemeinen Interesse nötigen Mittel zu entziehen; auf Kosten aller Bevölkerungsschichten, besonders aber des Mittelstandes und der benachteiligten Personen.

Diese Initiative abzulehnen, bedeutet 22'000 Arbeitsplätze in allen Wirtschaftssektoren zu erhalten.

Diese Initiative abzulehnen, bedeutet einen dreifachen Verlust abzuwenden: wirtschaftliche Einbussen, Mindereinnahmen von Steuern und anderen Abgaben sowie den Verlust von Attraktivität des Bundes und der Kantone.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

